

Telegraphische Depeschen.

* Jena, 11. Mai. Heute Mittag brach in der Kaserne des Fußlitterbataillons des 5. thüringischen Infanterieregiments Nr. 94 Feuer aus, durch welches der Dachstuhl und die Kammern zerstört wurden.

Wien, 10. Mai. Die zwischen dem Vatican einerseits und Österreich und Russland andererseits abgewendenden Verhandlungen wegen Regelung der kroatischen Diözesanverwaltung versprechen ein befriedigendes Ergebnis. Die kroatische Diözese, deren österreichische und russische Theile bisher von zwei apostolischen Vicaren getrennt verwaltet worden, dürfte zum Erzbistum erhoben werden. Die diesbezügliche Verständigung wird als das Zeichen einer Annäherung zwischen dem Vatican und Russland betrachtet.

(N. Allg. B.)

* Wien, 10. Mai. Wie die «Presse» meldet, haben sich die Regierungen von England und der Republik Nicaragua in einem zwischen ihnen schwelenden Streitfalle betreffend die Zahlung eines jährlichen Betrages von 5000 Doll. an die Mosquitos dahin geeinigt, in dieser Angelegenheit an einen Schiedsrichter zu appelliren. Gleichzeitig ersuchten die beiden gesuchten Regierungen den Kaiser von Österreich, das Schiedsrichteramt zu übernehmen. Der Kaiser hat sich zur Annahme bereit erklärt.

Wien, 11. Mai. Mehrere offiziöse Communiqués bestätigen, daß in Ostrumeliens Verhübung eingetreten sei. Fürst Bogorides hat während seines Aufenthaltes in Konstantinopel mehrere Beamte ernannt und wird am 13. Mai in Philippopol eintriften, am 15. Mai die Verwaltung übernehmen. Tags darauf verläßt General Stolypin Philippopol. Die Proklamation des Gouverneurs wird die Einführung des neuen Status ankündigen. — Das wiener Exemplar behauptet, der Text der austro-türkischen Convention werde einer nochmaligen Revision unterzogen, deshalb sei bisher die Publication unterblieben.

(«Post».)

* Madrid, 10. Mai. Der Anfang nach Cadiz ist entgleist; sechs Personen sind tot, mehrere Passagiere sind verwundet.

* Paris, 10. Mai. Mehrere Abendblätter, namentlich die Journale «La Presse» in «La France», wollen die Meinung verschiedenheit wissen, die bei dem heute Vormittag stattgehabten Kabinettssitzung bezüglich der bei der Bulle über die Kammern nach Paris zu treffenden Borsicht in und haupt- olizeipräfektur bezüglich der Organisat. in Tage getreten seien.

* Paris, 10. Mai abends. Entligene Ministerthe entstandenen Di en sollen so eutigen Mi nisterthe entstanden. Der Bränd. im Cabinet als unvermeidlich und unmittelbar bevorstehend betrachtet werden.

Paris, 11. Mai. Der schwere Fall des Verstosses gegen die militärische Disciplin, der sich vor einigen Tagen in Joinville-Le Pont ereignete, ist auf das härteste geahndet worden. Die Unterleutnants haben 30 Tage Kerker erhalten und sind auf zwei Monate von ihren Functionen suspendirt; die 10 Corporale wurden zu Gemeinen degradirt. — Grévy empfing eine Deputation der industriellen Städte der Normandie. Die Regierung wird allen Interessen gerecht zu werden suchen. (D. M.-Bl.)

* Paris, 10. Mai. Die Agence Havas läßt sich auf Konstantinopel telegraphiren, die ägyptische Frage habe durch ein mit dem Khedive und mit Frankreich und England getroffenes Compromiß eine Regelung erfahren.

* London, 10. Mai. Nach aus der Capstadt vom 26. April hier eingegangenen Nachrichten begibt sich General Chelmsford mit dem Generalstabe nach Utrecht. Der Bruder des Königs Tetewo, Magneza, hat mit einigen Anhängern den Engländern seine Unterwerfung angezeigt.

* London, 11. Mai. Nach einem Telegramm von Lloyd's Agentur aus Shanghai vom 9. Mai vormittags ist das Flaggschiff des Viceadmirals Coote auf chinesischer Station, die Panzerfregatte Iron Duke (Doppelschraube, 14 Geschütze) bei Shanghai auf Strand gerathen und sitzt fest.

* Petersburg, 11. Mai. Großfürst Michael ist mit seiner Gemahlin und seinem ältesten Sohne, dem Großfürsten Nikolaus, heute nach dem Auslande abgereist.

* Moskau, 11. Mai. Der hiesige Generalgouverneur, Fürst Dolgorukow, hat eine Verfügung in Bezug des Handels mit Waffen und des Besitzes

von Waffen erlassen. Dieselbe ist der in Petersburg erlassene Verfügung ähnlich.

* Suharest, 11. Mai. Gegenüber den bei der Wahlpropaganda von gewisser Seite aus gegangenen Behauptungen, das Cabinet Bratiano hätte dem Auslande gegenüber Verpflichtungen hinsichtlich der die Stellung der Juden betreffenden Frage übernommen, veröffentlicht das amtliche Blatt ein Communiqué, in welchem erklärt wird, daß die Regierung keinerlei Verpflichtung übernommen habe. Weiter werden jene Behauptungen als Verleumdungen bezeichnet, welche geeignet seien, Ruhestörungen im Lande herbeizuführen und die Interessen des Landes zu gefährden.

* Wien, 10. Mai. Meldung der Politischen Correspondenz aus Tirnowa von heute: „Der Fürst Dondulow-Korsakow, welcher von Livadia zurückgekehrt ist, wird sich am 13. Mai nach Sofia begieben. — Der Prinz von Battenberg soll morgen in Livadia eintreffen, woselbst derselbe auch die bulgarische Deputation empfangen wird, die zu diesem Zweck am 13. Mai dorthin reist. Anfang Juni wird sich der Prinz dann nach Konstantinopel begeben und von dort nach Empfang des Investiturberathes zur Eidesleistung nach Tirnowa kommen und die Regierung vom Fürsten Dondulow, welcher nach Russland zurückkehrt, übernehmen.“

* Wien, 10. Mai abends. Meldung der Politischen Correspondenz aus Belgrad von heute: „Die europäische Grenzcommission hat sich nach Niš begeben. Dieselbe hatte zuvor wiederholte Besprechungen mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und mit dem Kriegsminister wegen Erweiterung der serbischen Grenze im topotischer Kreise. Infolge des Erfuchts der serbischen Regierung um Feststellung einer geeigneten Gebirgsgrenze behufs Verhinderung von Einfallen der Arnauten haben mehrere Grossmächte ihre Delegirten dahin instruiert, der Bitte der serbischen Regierung zu willfahren. Hiernach wurde Prepolac nach Serbien zugeschlagen.“

* Athen, 10. Mai. In Acta haben Manifestationen zu Gunsten einer Vereinigung von Griechen mit Griechenland stattgefunden; die Manifestanten begaben sich vor das Gebäude des französischen Consulats und drückten der französischen Republik ihre Sympathien aus.

Leipzig, 12. Mai.

Die glückliche Rückkehr des Kaisers aus Wiesbaden, wo er zu seiner Erholung eine Zeit lang verweilte, in seine Residenzstadt Berlin ist zugleich ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß das kleine Unwohlsein, von welchem er infolge einer Erkältung in letzter Zeit befallen war, völlig wieder gehoben ist.

Der achtjährige Kampf im Reichstage, der sich um die Zoll- und Finanzreformfragen bewegte, ging am vorigen Freitag zu Ende. Wir haben denselben in seinen einzelnen Stadien verfolgt und charakterisiert, werden auch vielleicht noch auf einzelne Momente darin gelegentlich zurückkommen. Das Resultat der Abstimmung konnte, da bei der ersten Beratung einer Vorlage materielle Anträge nicht gestellt werden, kein anderes als ein formelles, auf die Geschäftsbehandlung bezügliches sein. Im vorliegenden Falle dürfte indeß die am Freitag vollzogene Abstimmung ein ziemlich sicheres Vorzeichen der definitiven Entscheidung des Reichstages in der Zoll- und Finanzfrage abgeben.

Es lagen zwei Anträge vor, der eine von national-liberaler Seite, der hauptsächlich darauf abzielte, die finanzpolitischen Fragen von den zollpolitischen zu trennen, der andere von der (schutzöllerischen) sogenannten „Freien volkswirtschaftlichen Vereinigung“ (Dr. Löwe und Genossen), der diese Trennung nicht enthielt, überhaupt eine andere Vertheilung des Stosses zwischen Commissions- und Plenarberathung vorschlug.

Der erstere wurde verworfen, der letztere mit großer Mehrheit angenommen. Da sich nun diesmal, bei dieser formellen Vorfrage, in der Würdigkeit auch Abgeordnete wie Dr. v. Benuigton befanden, der bekanntlich für mäßige Schutzzölle, einschließlich eines mäßigen Betriebszolles, sich ausgesprochen hat, so steht, wosozu nicht etwa noch ganz besondere Wendungen und Wandlungen im weiteren Laufe der Berathungen eintreten, die Annahme der Vorlage wenigstens in ihren Hauptgrundlagen, vielleicht mit einigen Abminderungen im einzelnen, wol ziemlich bestimmt zu erwarten.

Am letzten Tage der vorigen Woche sind sodann noch zwei specielle Gegenstände der Zollreform in Berathung genommen worden, die Bransteuer und die Tabaksteuer. In der ersten erblicken die Regierungen neben dem finanziellen Vortheil einer Höherbesteuerung des Bieres (die doch nicht so hoch sein wird, um den Bierverbrauch ungebührlich zu beschränken) zugleich einen Schritt auf der Bahn zu der sehr wünschenswerthen Annäherung zwischen Nord- und Süddeutschland in dieser Materie, die bisher noch hier ganz anders geregelt ist als dort. Bei der Debatte wurde — wol nicht mit Unrecht — an die Höherbesteuerung auch des Branntweins gemahnt.

Die specielle Durchberathung des Bransteuergesetzes wird im Schoße einer Commission, der dasselbe übergeben werden, vorbereitet. Ob es zu einer solchen noch in der gegenwärtigen Reichstagsession kommen wird, scheint nicht ganz zweifellos. Die Berathung über das Tabaksteuergesetz hat am Sonnabend nur erst begonnen und wird bald vertagt, sodass sich ein Schluss auf die Stimmung des Hauses in Bezug auf diese Frage noch nicht ziehen lässt.

Die Gerichte, als ob Döllinger, der hervorragendste Führer der Ultratholiken, seiner Opposition gegen die Unschuldbartkeit entsagt und seinen Frieden mit Rom gemacht hätte, haben durch einen eigenhändigen Brief Döllinger's an ein italienisches Blatt eine vollständige Widerlegung gefunden.

In Österreich, wo mit der Session des Reichsrates auch die ganze Wahlperiode dieser hohen Körperschaft zu Ende geht und also Neuwahlen bevorstehen, scheinen sich verschiedene Neugestaltungen in der parlamentarischen Parteigruppierung vorzubereiten. Eine Elemente der sogenannten Verfassungspartei, die seinerzeit gegen die auswärtige Politik Andrassy's sich erklärt, sogar der Berliner Vertrag nachträglich verwarten, die „Hundertwölf“, scheinen sich zum Kern einer neuen Parteibildung machen zu wollen und haben ein langathmiges politisches Programm ausgegeben. Dem gegenüber erschien auch ein Programm der „Linken“. Gleichzeitig finden Annäherungsversuche zwischen der Verfassungspartei und den Czechen statt, zunächst wol, um letztere zum Eintritt in den Reichstag, soweit sie diesen bisher verweigert haben, zu bewegen. Welche Concessions man ihnen dafür bietet, bleibt abzuwarten.

Die französische Deputiertenfammet tritt am 15. Mai wieder zusammen. Sie wird sich alsbald mit zwei brennenden Fragen: der Wahl Blanqui's und der Zugriffsverlegung der Nationalversammlung von Versailles nach Paris zu beschäftigen haben.

Im Gebiete der europäischen Politik ist auch heute wenig zu verzeichnen. Die Wahl des Prinzen von Battenberg zum Fürsten von Bulgarien hat, wie ohnehin nicht zweifelhaft war, die Zustimmung aller Mächte gefunden. Der neue Fürst ist nach Livadia zum Kaiser Alexander gereist, dem er ja wesentlich seine Erhebung auf den bulgarischen Fürstenstuhl verdankt. Hoffentlich wird diese Rücksicht der Dankbarkeit ihn nicht abhalten, eine vom russischen Einflusse unabhängige, lediglich von dem wohlverstandenen Interesse des Landes, das seine Geschichte ihm anvertraut, dicitur Politik als Fürst der Bulgaren zu verfolgen.

Für eine friedliche Regelung der Beziehungen in Ostrumeliens dürfte die Proklamation von wesentlichem Nutzen sein, welche Kaiser Alexander an die dortige Bevölkerung gerichtet hat. Die letztere wird darin aufgefordert, nach Abzug der russischen Truppen der neuen Ordnung der Dinge keine Störungen zu bereiten. Infolge dessen soll dann, wie verlautet, auch der Sultan, um Collisionen zu vermeiden, auf die Ausübung des im Berliner Vertrage ihm vorbehalteten Rechtes der Besiegung einzelner fester Punkte in Ostrumeliens durch türkische Truppen vorderhand verzichtet haben.

Diese beiden jedenfalls sehr wichtigen und sehr erfreulichen Schritte zur Sicherung der Ausführung des Berliner Vertrages stehen in unmittelbarer Verbindung mit einem andern Vorgange, der großes Aufsehen namentlich wol in Wien und London erregt hat: der Sendung des Generals Obrutschew nach Konstantinopel mit einem eigenhändigen Schreiben des Zaren an den Sultan. Welche sonstige Vorschläge etwa (im Sinne einer Annäherung zwischen Russland und der Pforte, wie man wol nicht ohne Grund annimmt) das Schreiben enthalten und wie der Sultan diese Vorschläge aufgenommen haben mag, darüber existieren zur Zeit bloße Vermuthungen.

In der griechischen und ebenso in der ägyptischen Frage sollen Verständigungen stattgefunden haben, welche eine baldige Lösung der einen wie der anderen angeblich in Aussicht stellen. Doch fehlt es noch an näheren und zuverlässigeren Mitteilungen darüber.

Jalub-Schan, der Beherrscher von Afghanistan, hat

